Presseinformation

Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe

Berlin, den 27. Oktober 2023

Bundesnetzwerk zum Haushaltsentwurf der Bundesregierung:
Soziale Teilhabemöglichkeiten und Arbeitskräftepotenzial sichern!

Sollten die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt im Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik beschlossen werden, hat das weitreichende Folgen:

- Eine deutliche Reduzierung, ggf. sogar der Wegfall der Möglichkeiten für **sinnstiftende Beschäftigung- und praxisnahe Qualifizierung** und damit faktisch die Auflösung des **sozialen Arbeitsmarktes**.
- **Langzeitarbeitslose verlieren** einen wichtigen Teil ihrer Alltagsstruktur, werden sich selbst überlassen und von sozialen Kontakten abgeschnitten.
- Wichtige **soziale Angebote** wie Tafeln, Stadtteilprojekte, Sozialkaufhäuser usw. können bundesweit nicht weiterbetrieben werden. Dadurch fallen wichtige Versorgungsmöglichkeiten und soziale und gesellschaftliche Teilhabe für bedürftige Menschen weg. Gerade in Zeiten stetig steigenden Kosten sind Arbeitslose, Rentnerinnen und Rentner, (alleinerziehende) berufstätige Menschen, Studentinnen und Studenten und Geflüchtete davon besonders hart getroffen.
- Für die Gesellschaft und vor allem den Arbeitsmarkt bedeutet es die Nichtnutzung des bestehenden **Arbeitskräftepotenzials**. Die Erfahrung vieler Träger von Beschäftigungsprojekten zeigt, dass gerade eine gezielte Heranführung an den Arbeitsmarkt durch Praxiserfahrungen mit entsprechender pädagogischer Begleitung langfristig durchaus dauerhafte Integrationen generieren kann und auch eine späte Integration sozialwirtschaftlich von Nutzen ist.

Die Konsequenzen zeigen sich schon jetzt. Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt für Maßnahmen für Langzeitarbeitslose werden in zahlreichen Bundesländern vorauseilend vollzogen und die Folgen sind fatal. Z.B. musste in Hamburg bereits ein großes Sozialkaufhaus abgewickelt werden. 60 Menschen mit geförderter Beschäftigung haben ihre Arbeit und viele tausend Kundinnen und Kunden ihre Einkaufsmöglichkeit verloren.

Angesichts der bevorstehenden Haushaltsberatungen fordert das Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe die Bundestagsabgeordneten auf:
Lassen Sie nicht zu, dass massenhaft Strukturen wegfallen, die als Teilhabe- und Anlaufstelle für die Bedürftigsten dienen. Stattdessen muss dafür gesorgt werden, dass eine ausreichend finanzierte aktive Arbeitsmarktpolitik, die für die am weitesten abgehängten Menschen eine Teilhabe am Arbeitsleben möglich macht und gesellschaftlich von hohem Nutzen ist, weiter stattfinden kann.

Mit dem Haushalt 2024 dürfen keine Kürzungen im SGB II vorgenommen werden und der **SGB II Haushalt muss bedarfsgerecht ausgestattet werden**!

Zum Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe:
Das Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe ist ein Verbund von mehr als 240 Sozialunternehmen in den Landesarbeitsgemeinschaften und Verbänden für Arbeit in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Die Praktiker in den Organisationen entwickeln ihre Erkenntnisse im Umgang mit arbeitslosen Menschen bei der Umsetzung von Angeboten der Aktivierung, Ausbildung, Weiterbildung und Beschäftigung.

Bundesnetzwerk für Arbeit und soziale Teilhabe
c/o Verband für Arbeit, Bildung und Integration, Silbersteinstraße 33 in 12051 Berlin
Presseanfragen: Maria Klamet, 0162 2454 658